

Aktuelle Probleme in Nigeria

Politischer Kurzbericht

Dr. habil. Klaus Pähler
Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Nigeria

Abuja, 21. Februar 2006

1. Gewalttätige Zwischenfälle im Norden Nigerias	S. 2
2. Dauerkrise im Nigerdelta verschärft	S. 4
3. Vogelgrippe jetzt auch in Nigeria	S. 5

1. Gewalttätige Zwischenfälle im Norden Nigerias

In mehreren Staaten im Norden Nigerias ist es jüngst zu gewalttätigen Ausschreitungen mit religiöser Komponente gekommen. Zunächst hatte die Diskussion über die dänischen Karikaturen des Propheten Mohammed hier zwar nicht zu massiven Reaktionen geführt. Nun ist aber eine zumindest offiziell als friedlich geplante und von der Polizei auch genehmigte Demonstration in Maiduguri, der Hauptstadt des Bundesstaates Borno im Nordosten des Landes, außer Kontrolle geraten.

Die Ursachen dafür sind hier, weit entfernt in der Hauptstadt Abuja, nicht wirklich eindeutig zu ermitteln. Augenzeugenberichten zufolge begannen die Auseinandersetzungen aber mit einem Streit um ein angeblich gestohlenen Handy. Die Polizei habe überreagiert und damit eine Eskalation ausgelöst, in deren Verlauf allein in der Stadt Maiduguri angeblich mehr als 30 christliche Kirchen in Flammen gesetzt wurden. Unter den Todesopfern (berichtet wird von mehr als 15, überwiegend Angehörige der christlichen Minderheit) befand sich offenbar auch ein christlicher Priester. Zunächst wurde davon ausgegangen, dass es sich bei diesen Ereignissen mehr um einen "Unfall" handelte, der durch ungeschicktes Vorgehen der Sicherheitskräfte zumindest mit ausgelöst wurde. Dafür sprach auch, dass der Bundesstaat Borno nicht für ein besonders hohes Maß an Konflikten und Gewaltbereitschaft bekannt war.

Kurz darauf ist es allerdings auch in anderen nördlichen Bundesstaaten Nigerias zu ähnlich gewalttätigen Ausschreitungen gekommen. In Katsina im Nordwesten führten Demonstrationen zu tödlichen Gewaltakten, und aus der Stadt Bauchi werden fünfzehn Tote gemeldet.

Angeblich habe eine Lehrerin im Unterricht einer Schülerin einen Koran weggenommen, den diese las statt dem Unterricht zu folgen. Dies wurde als eine Entweihung des Heiligen Koran empfunden und Schüler griffen daraufhin die Lehrerin an. Die Nachricht von diesem Ereignis verbreitete sich schnell außerhalb der Schule. Die überwiegend islamische Bevölkerung in Bauchi sei über die Entweihung so erzürnt gewesen, dass Jugendliche Geschäfte und Häuser in Bauchi anzündeten und plünderten. Sie bewarfen die anrückende Polizei, die zunächst Tränengas einsetzte, mit Steinen. Daraufhin eröffnete die Polizei das Feuer mit scharfer Munition. Neben den Toten soll es ungefähr 50 Verletzte gegeben haben. Zwei Kirchen seien abgebrannt, eine Ausgangssperre wurde verhängt.

Dieser Ereignisse zeigen, dass es sich hier wohl weniger um einzelne Unfälle in der Konfliktvermeidung handelt als vielmehr darum, dass ein latent vorhandenes, erhebliches Maß an Gewaltbereitschaft jederzeit auch durch kleinste Ereignisse "gezündet" werden und zu Gewalttätigkeiten führen kann. Beobachter glauben, dass die Kritik an den dänischen Karikaturen dabei eher als Anlass oder Hintergrundfolie und nicht als wirkliche Ursache der Ereignisse anzusehen ist. Wirtschaftliche und soziale Unzufriedenheit spielten eine wichtigere Rolle.

Hintergrund für das hier zum Vorschein kommende hohe Konfliktpotential ist die geographische, ethnische und religiöse Heterogenität des Landes. Der Norden ist überwiegend von islamischer Bevölkerung besiedelt, die in der Vergangenheit auch die Macht im Bundesstaat ausgeübt hat. Der Süden dagegen ist überwiegend christlich und stellt den gegenwärtigen Präsidenten. Eine seit einiger Zeit virulente innenpolitische Diskussion befasst sich mit der Frage, ob der Präsident im Jahre 2007 für eine dritte Amtszeit kandidieren darf. Nach der gegenwärtigen Verfassung, die aber geändert werden kann, ist dies nicht zulässig.

Es ist anzunehmen, dass besonders Politiker aus dem Norden an einem Machtwechsel zu ihren Gunsten interessiert sein dürften. So kann man auch nicht ausschließen, dass die berichteten Gewalttaten entweder latent oder sogar direkt mit dieser Auseinandersetzung in Zusammenhang stehen. Dabei erscheint es durchaus möglich, dass bestimmte Kreise versuchen werden, die Konflikte für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren.

(Bei derartigen "spontanen Unruhen" ist ja immer eine gewisse Skepsis angebracht. So konnte der Berichterstatter z. B. vor einigen Jahren beobachten, wie zahlreiche Lastwagen beladen mit ungewöhnlich gut trainiert aussehenden jungen Männern im wehrfähigen Alter in eine friedliche indonesische Provinzhauptstadt gefahren wurden. Er glaubte zunächst an ein Sportereignis um dann kurz darauf zu erfahren, dass es zu "spontanen Unruhen der Bevölkerung" mit Plünderungen und der Vertreibung von In- und Ausländern kam, die durch die Weltpresse gingen.)

Würdenträger der großen nigerianischen Glaubensgemeinschaften sowie Politiker auf Bundes- sowie auf Staatsebene haben alle Seiten zur Mäßigung aufgerufen. Ob sie damit allerdings Erfolg haben werden und zum Beispiel Vergeltungsaktionen der christlichen Bevölkerung und somit eine weitere Eskalation verhindern können, bleibt abzuwarten.¹

Es gibt ja ein typisches Muster für sich schnell ausweitende kommunale Konflikte: Ein an sich geringfügiger Anlass führt dazu, dass sich eine ethnische oder religiöse Gruppe mit dem vermeintlichen Opfer solidarisiert und gewaltsam gegen eine andere ethnische oder religiöse Gruppe, die "Täter", vorgeht. Die Angehörigen dieser anderen Gruppe werden so mehr oder minder ebenfalls zur Solidarität gezwungen, die dann die Voraussetzung für Vergeltungsmaßnahmen darstellt. Selbst gutwilligen und friedlichen Menschen ist es in einer solchen Entwicklung kaum möglich, neutral zu bleiben oder sich aus den Auseinandersetzungen herauszuhalten. Diese Logik der Eskalation kommunaler Konflikte kann man sich natürlich auch bewusst zunutze machen.

2. Dauerkrise im Nigerdelta verschärft

Für den Präsidenten erschwert wird die Situation durch die jüngste Entwicklung in einem anderen Krisenherd Nigerias, dem Nigerdelta, aus dem mehr als 98% der

¹ Am 21.2. 2006 um 23.00 Ortszeit hinzugefügt: Offenbar hat es in der Stadt Onitsha bereits die ersten "Vergeltungen" gegenüber dort lebenden Moslems gegeben: Sechs Menschen sollen von wütenden Christen totgeschlagen und zwei Moscheen abgebrannt worden sein. Insgesamt sollen inzwischen etwa 50 Menschen zu Tode gekommen sein. Erzbischof Akinola hat im Zusammenhang mit den Ereignissen von Plänen zur Schaffung eines islamischen Staates Nigeria gesprochen, die jetzt deutlich würden.

nigerianischen Rohölproduktion kommen. Zwar sind die Nigerianer wie auch ausländische Beobachter bereits daran gewöhnt, dass hier immer wieder Mitarbeiter der Ölfirmen entführt und gegen Lösegeld freigelassen werden. Die Ereignisse der letzten Tage markieren jedoch deutlich eine Eskalation dieser nigerianischen "Normalität".

Nachdem das Militär unter dem schönen Titel "Operation Restore Hope" mehrere Dörfer im Nigerdelta bombardiert hat, in denen Rebellen vermutet wurden, haben diese nun zurückgeschlagen. Sie nahmen eine Gruppe von neun ausländischen Mitarbeitern der Firma Shell gefangen, zu der auch mehrere Amerikaner gehören. Dieser Umstand ist deshalb wichtig, weil diese Amerikaner als Schutzschild dienen können und das nigerianische Militär vermutlich alles tun wird, um das Leben dieser Geiseln nicht zu gefährden.

Während frühere Geiselnahmen - soweit man solche Aktivitäten überhaupt so bezeichnen kann - relativ harmlos waren, wird diesmal berichtet, dass die Geiselnnehmer viel härter und entschlossener wirkten. Sie wollen mit der nigerianischen Regierung nicht verhandeln und kündigen dem Präsidenten die Ermordung an, sollte er sich ins Delta wagen. Auch drohen sie damit, Anlagen der Ölindustrie oder ausländische Tankschiffe mit Raketen zu beschießen. Da die Rebellen im Delta in aller Regel außerordentlich modern bewaffnet sind - oft besser als Militär oder Polizei - kann man dies nicht von vornherein als Kraftmeierei ausschließen. (Finanziert werden diese Waffen offenbar aus geraubtem Öl, das diese Rebellen dann auf dem Schwarzmarkt verkaufen.) Shell hat jedenfalls beschlossen, ihre Mitarbeiter aus den gefährdeten Gebieten zu evakuieren.

Die Organisation "Bewegung zur Befreiung des Nigerdeltas" (MEND) stellte ausländischen Ölfirmen inzwischen ein siebentägiges Ultimatum, ihre Büros zu räumen. Sie verlangt, dass das Militär aus dem Nigerdelta abgezogen wird und dass die dort ansässige Bevölkerung, die Kontrolle über die Ressourcen des Nigerdeltas bekommt.

Dies ist eine alte Forderung der Bewohner dieser Region, die das Gefühl hat, dass andere Teile Nigerias im Übermaße von ihrem Öl- und Gasreichtum profitieren, sie dagegen zu kurz kämen. Diese Haltung besteht insbesondere gegenüber den Moslems aus dem Norden. Der Berichterstatter hat das Nigerdelta wegen der Gefährlichkeit der Situation bisher nicht bereisen können, hört aber von Augenzeugen, dass die dortigen Umweltzerstörungen außerordentlich sind und die natürlichen Existenzgrundlagen der dort lebenden Menschen massiv gefährden. Um diese zu entschädigen, verlangt MEND 1,5 Mrd. USD.

Die Ölproduktion wurde massiv beeinträchtigt. Berichte sprechen davon, dass die Förderung um 600.000 Barrel täglich reduziert worden sei (Gesamtproduktion pro Tag ca. 2,5 Mio. Barrel). Dies schlug sich bereits in einem spürbaren Anstieg des Ölpreises von 59,88 USD auf 61,39 USD per Barrel nieder. In dieser Marktreaktion wird die wachsende Bedeutung Nigerias als Öl- und Gaslieferant angesichts der Situation am Persischen Golf sichtbar. Nigeria ist größter Ölproduzent Afrikas, achtgrößter Öllieferant der Welt und fünftgrößter Lieferant der USA, deren Planungen vorsehen, in Zukunft 25% ihrer Öl- und Gasimporte aus dem Golf von Guinea zu beziehen. Auf Sao Tomé bauen die USA Militärbasen zwecks "power projection" aus. Der Seeweg von Westafrika nach Nordamerika ist zudem ziemlich sicher verglichen

mit den Transportwegen aus Nahost.

Auch die auch ohne Krise im Delta schon nicht gerade zuverlässige heimische Energieversorgung Nigerias leidet unter der Entwicklung. Es heisst, dass 850 MW verloren gingen.

Die Überwindung dieser ständig schwelenden Krise im Delta hat für Nigeria existentielle und über das Land hinaus strategische Bedeutung. Der Weg zu einer Lösung dürfte kaum in immer härterer militärischer Gewaltanwendung bestehen. Die Möglichkeiten der asymmetrischen Kriegführung auch in einem von manchen für möglich gehaltenen Bürgerkrieg schließen das aus.

3. Vogelgrippe jetzt auch in Nigeria

Probleme ganz anderer Art, aber nicht unbedingt weniger bedrohliche, wirft schliesslich die Vogelgrippe auf, die in Nigeria als erstem afrikanischen Land zuverlässig diagnostiziert wurde. Aus dem Norden (Kano, Kaduna) ist sie inzwischen bis in die Hauptstadt Abuja vorgedrungen. Enges Zusammenleben von Mensch und Tier in dörflichen Umgebungen birgt eine nennenswerte Ansteckungsgefahr. Die Behörden spielen jedoch eine "Panikvermeidungsstrategie".

(Diese Art nigerianische Informationspolitik wurde z. B. deutlich, als 2005 ein Flugzeug mit über hundert Todesopfern abgestürzt war. Ausländische Medien einschließlich ZDF berichteten bereits recht präzise über die Ereignisse, als im nigerianischen Fernsehen noch Geistliche der großen Konfessionen sowie Offizielle versicherten, nichts sei passiert, Gott würde so etwas nicht zulassen, man möge beten...)

Zigtausende von Hühnern und anderem Geflügel sollen getötet worden sein. Nach glaubwürdigen Berichten sind infizierte Tiere aber natürlich trotzdem in den Handel gelangt, schwer krank sogar, kurz vor dem Verenden. Die Weltbank hat kurzfristig Millionenbeträge bereitgestellt, um zur Lösung der damit verbundenen Problem beizutragen. Einige deutsche Organisationen haben ihre Mitarbeiter vorsorglich mit Tamiflu versorgt. Interessanter Zufall: Der gegenwärtige nigerianische Präsident ist im Zivilberuf Hühnerfarmer, allerdings im bis jetzt noch nicht betroffenen Süden.